

LANDTAG IN KÜRZE

AHV/IV/FAK Voranschlag

VADUZ – Der Verwaltungskostenvoranschlag 2004 der AHV/IV/FAK wurde vom Landtag genehmigt. Er sieht einen Überschuss von 206 760 Franken vor.

Der Personalaufwand erfährt im kommenden Jahr einen Zuwachs von 2,8 Prozent. Die Erhöhung der Lohnkosten gegenüber dem Voranschlag 2003 ergibt sich aus zusätzlichen Stellen im EDV-Bereich und in der Debitorenbuchhaltungen, ferner aus Vorrückungen, Dienstjubiläumzulagen und Überstundenentschädigungen. Die Verwaltungskostenbeiträge, die 4 Prozent der gesamten AHV-IV-FAK-Beiträge betragen, hängen von der Höhe der von den Arbeitgebern und Selbständigerwerbenden abgerechneten Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit ab. Es wird im Jahr 2004 mit einer geringen Einkommenssteigerung von ca. 1 Prozent gerechnet.

Liechtensteinische Gasversorgung

VADUZ – Im Landtag wurde der Voranschlag 2004 der Liechtensteinischen Gasversorgung positiv zur Kenntnis genommen und einstimmig genehmigt. Für 2004 sieht die Liechtensteiner Gasversorgung 2 Mio. Franken für normale Investitionen sowie Sonderinvestitionen von 955 000 Franken im Hoch- und Mitteldruck-Netz vor. Der Abgeordnete Hugo Quaderer (VU) zeigte in seinen Ausführungen den positiven Trend auf, welcher schon seit Jahren anhält. Der budgetierte Einnahmenschluss beträgt für 2004 1,1 Mio. Franken. Er resultiert aus dem budgetierten Aufwandtotal von gut 16 Mio. Franken und einem Gesamtertrag von 17,4 Mio. Franken.

Für das Projekt Biogas sind 120 000 Franken Sonderinvestitionen vorgesehen. Zu diesem Projekt beantwortete Regierungsrat Hansjörg Frick einige Fragen. Eine bereits gemachte Studie zeige das Problem, dass während der Wintermonate eventuell nicht genügend Biomasse zur Verfügung stehen könnte. Bisher seien nur technische Abklärungen gemacht worden, somit sei auch die Standortfrage kein Thema gewesen. Frick betonte, dass er persönlich eine Biogasanlage für Liechtenstein als sehr sinnvoll erachten würde, weil Liechtenstein hinsichtlich erneuerbarer Energien nur sehr beschränkte Möglichkeiten habe.

«Korrekturen unumgänglich»

Finanzplanung 2004 bis 2008 belegt dringenden staatlichen Sparauftrag

VADUZ – Der Landtag hat gestern die Finanzplanung 2004 bis 2008 diskutiert und zur Kenntnis genommen. Grundtenor: Allen Seiten ist klar, dass angesichts der happigen Rückgänge der Steuereinnahmen um 100 Mio. Franken innerhalb der letzten zwei Jahre substantielle Einsparungen gemacht werden müssen, um den Staatshaushalt im Gleichgewicht halten zu können.

• Martin Frommelt

Die Finanzplanung 2004 bis 2008 zeigt für Regierung und Landtag deutlichen Handlungsbedarf auf. Ohne weitere Korrekturmassnahmen wären im Planungszeitraum jährlich durchschnittliche Defizite in der Größenordnung von rund 45 Mio. Franken zu erwarten. Dass die in Zeiten sprudelnder Einnahmen definierten fünf Finanzleitbild-Eckwerte heute mit Ausnahme der Reservevolumen-Vorgabe nicht mehr einzuhalten sind, ist laut Alois Beck (FBP) nachvollziehbar: «Bei einem deutlich tieferen Einnahmenniveau lassen sich die staatlichen Aufgaben aus den zufließenden Erträgen nicht mehr vollumfänglich finanzieren. Es ist offensichtlich, dass die Eckwerte des Finanzleitbildes, welche in Zeiten überbordender Einnahmen definiert wurden, im Planungszeitraum nicht erreicht werden können.»

Korrekturen unumgänglich

Wie Alois Beck betonte, sind «Korrekturen im Finanzhaushalt des Fürstentums Liechtenstein unumgänglich». Der FBP-Abgeordnete anerkannte, dass die Regierung bei der Reduktion der Zuwachsraten des laufenden Aufwands dank rigoroser Sparanstrengungen einen wichtigen Schritt in die richtige Richtung gemacht hat. Da bei den Steuereinnahmen «ein Trendbruch» festgestellt werden musste, bedarf es jetzt im Aufwandsbereich struktureller Korrekturen. Alois Beck mahnte, dass «die Aufgaben und Ausgabenverpflichtungen des Staates bisher nicht im erforderlichen Masse korrigiert» worden sind. «Die dauerhafte Überlastung des Haushalts mit nicht finanzierten Aufgaben lässt sich nur durch Ausgabenkürzungen und/oder Steuererhöhungen beseitigen», so Beck.

Den Sozialstaat überprüfen

Auch der Sozialstaat ist gemäss Beck einer Überprüfung zu unterziehen, wobei falsche Anreize aus den bestehenden Regelungen zu eliminieren seien. Alois Beck: «Ziel der Verteilungspolitik muss die gezielte und effiziente Zuweisung von Mitteln an die Bedürftigen sein. Im Budget heisst effizienter Mitteleinsatz, dass die knappen Geldmittel dort eingesetzt werden, wo der grösste Nutzen erzielt werden kann.»

«Über unseren Verhältnissen»

Beck folgerte, «das Kernproblem unseres Staatshaushaltes ist ein strukturelles Defizit. Dies lässt darauf schliessen, dass wir in Liechtenstein teilweise über unseren Verhältnissen leben.»

Auch Opposition für Sparen...

Auch seitens der Opposition wurde betont, dass jetzt substantielle Einsparungen gemacht werden müssen. Ivo Klein (VU) meinte, die Regierung habe zwar verschiedene



«Dies lässt darauf schliessen, dass wir in Liechtenstein teilweise über unseren Verhältnissen leben»: Alois Beck (FBP) zum aktuellen Defizit im Staatshaushalt.

Korrekturen vage aufgelistet, substantiell sei jedoch mit Ausnahme der kontrovers diskutierten Abschaffung der NBU-Subvention nichts passiert. Alois Beck (FBP) freute sich ob dieser Aussage Kleins insofern, als er damit zumindest konzidiert habe, dass die Streichung der NBU-Subvention entgegen anderslautenden Aussagen der Opposition doch etwas «Substantielles» ist. Beck brachte die dauernden Nein-Kurs der Opposition wie folgt auf den Punkt: «Je mehr Substantielles kommt, desto mehr substantielle Ablehnung durch die Opposition.»

Steuersystem vereinfachen

Ivo Klein sprach sich für eine Vereinfachung des Steuersystems aus. Bei der Kapital- und Ertragssteuer sei «unbedingt eine Überprüfung und Neugestaltung notwendig, da unser System im internationalen Kontext langfristig nicht aufrecht erhalten werden kann», so Klein. Regierungschef Otmar Hasler entgegnete, wenn man von einer grundsätzlichen Reform des Steuerrechts rede, dann müssten zuerst die Vorabklärungen sauber getroffen werden. Diesbezüglich sei die Regierung bereits weit vorangekommen.

Gestern ist nicht heute

Erich Sprenger (VU) sagte, dass «grosse Anstrengungen nötig sein» werden, um die Herausforderung zu meistern, einen konkreten Vorschlag konnte er jedoch nicht unterbreiten. Dafür rief Sprenger der FBP-Fraktion in Erinnerung, dass sie 1997 noch für ein viel

restriktiveres Finanzleitbild plädiert habe, während man dieses Leitbild heute wiederum als viel zu rigoros bezeichne. Alois Beck (FBP) entgegnete, dass man damals auch eine ganz andere Situation mit munter sprudelnden Einnahmen gehabt habe. FBP-Fraktionssprecher Markus Büchel ergänzte, dass die Vorsicht der FBP dazumal richtig gewesen sei. «Hätte man damals mehr Sorge zu den Staatsfinanzen getragen, dann hätten wir heute die Probleme in diesem Ausmass nicht, vor allem bei den Beiträgen müssten wir nicht so viel Geld ausgeben», so der FBP-Fraktionssprecher.

Potential in Landesverwaltung

Paul Vogt (FL) meinte, im Bereich der Landesverwaltung sei noch «sehr grosses Potential» vorhanden, um eine Effizienzsteigerung zu erzielen. Auch habe man sich hier an Standards gewöhnt, wonach nur immer das Beste gut genug sei. Von diesem Denken müsse man wegkommen, so Vogt.

Zuweisungen an Gemeinden

Adrian Hasler und Markus Büchel begrüsst die Absicht der Regierung, dass die Finanzzuweisungen an die Gemeinden einer kritischen Überprüfung unterzogen werden. Die Finanzzuweisungen an die Gemeinden im derzeitigen Ausmass sei «nicht mehr gerechtfertigt», so Büchel. Seiner Ansicht nach hat Priorität eins ganz klar die Entflechtung der Ausgaben von Staat und Gemeinden, dabei sei auch das Problem des Subventionsgesetzes zu überprüfen, welches

die Gemeinden geradezu einlade, grössere Projekte als nötig zu bauen, nur um höhere Subventionen zu erhalten. Auf der anderen Seite entgegnete der VU-Abgeordnete und Gampriner Vorsteher Donath Oehri, man könne die Staatskassen «nicht so einfach auf Kosten der Gemeinden entlasten».

100 Millionen Franken weniger

Regierungschef Otmar Hasler gab zu bedenken, dass der Staat innerhalb von zwei Jahren einen Rückgang der Steuereinnahmen um 100 Mio. Franken zu verkraften habe. So ein Einbruch könne nicht einfach aufgefangen werden, vielmehr müsse der Staat mittelfristig Wege aufzeigen, wie er die Schere zwischen Ausgaben und Einnahmen korrigieren könne, so der Regierungschef. Hasler: «Unsere erste und wesentliche Korrektur ist die, dass wir die Aufwandssteigerungen der vergangenen Jahre herunterfahren. Wir haben ein Budget vorgelegt, wo wir beweisen, dass das möglich ist.» Was die notwendige strukturelle Korrektur der Beitragsleistungen betreffe, tue dies weh, so Otmar Hasler: «Letztlich sind es immer konkrete Einschnitte, die dann weh tun und dann kommt die Diskussion, ob es am richtigen oder am falschen Ort ist». Man könne aber nicht einfach nur davon ausgehen, dass jetzt jedes Jahr Defizite von rund 45 Mio. Franken gemacht würden. Es sei ja gerade der Sinn der Finanzplanung aufzuzeigen, dass die Politik nicht einfach so weiter fortgeschrieben werde dürfe und dieser Herausforderung stelle sich die Regierung, so Otmar Hasler.



«Es werden grosse Anstrengungen nötig sein»: Erich Sprenger (VU).



Befürwortet die Überprüfung der Finanzzuweisungen an die Gemeinden: FBP-Fraktionssprecher Markus Büchel.

ANZEIGE

"Wie es Euch gefällt"

Das Jahreskonzert 2003

Stargast: Vlado Kumpan,

Trompete



Samstag, 29. November 2003

20.00 Uhr, Vaduzer Saal

Saalöffnung 19.15 Uhr

Leitung:

Musikdirektor Ernst Lampert